Tarif- und Sozialpolitische Konferenz

Wien, 12.-13. Juni 2014

„Unsere Zukunft verhandeln!"

Gewerkschaftliche Strategien in Zeiten der Wirtschaftskrise

Entschließung

Die Zukunft Europas sichern – Jetzt Solidarität organisieren!

Die europäischen Industriegewerkschaften treten für eine neue verteilungspolitische Offensive ein, um die Lohnquote zu steigern und so die Auswirkungen der Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen und die Zukunftsaussichten der ArbeitnehmerInnen in Europa zu sichern.

Die Auswirkungen der Krise sind dramatisch. Die von Regierungen und öffentlichen Institutionen verfolgte Austeritätspolitik und ihre demokratieaushöhlenden Strategien sind auf ganzer Linie gescheitert und verschlimmern die Lage der ArbeitnehmerInnen sogar noch.

Unter den europäischen und nationalen Institutionen herrscht die Meinung vor, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte vor allem auf die als zu hoch erachteten Löhne bzw. Sozialleistungen und demzufolge auf die Arbeits- und sozialen Bedingungen im Allgemeinen zurückzuführen sind. Das Ergebnis ist, dass die ergriffenen Maßnahmen darauf abzielen:

- Löhne und Gehälter zu kürzen;
- die Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften zu brechen;
- die Tarifsysteme zu zerstören und die Tarifautonomie **anzugreifen**;
- **den Kündigungsschutz durch die Erleichterung atypischer Beschäftigung und die Kürzung von Kündigungsfristen und Abfindungen im Rahmen von „Flexicurity" auszuhöhlen;**
- und die soziale Absicherung zu verschlechtern sowie Sozialleistungen und Renten bzw. Pensionen zu senken.

Conference organised with financial support from the EU

Die sozialen Folgen sind, mit nationalen Unterschieden, verheerend:

- explodierende Arbeitslosigkeit (aktuelle offizielle Zahlen sprechen von über 26 Mio. Arbeitslosen **und über 48 Mio., zählt man auch die unterbeschäftigten und beschäftigungslosen Menschen dazu**), insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, die viele gut ausgebildete junge Menschen aus den krisengebeutelten Ländern zur Auswanderung zwingt;
- Verschlechterung der Arbeitsbedingungen**; eine Zunahme von prekärer Arbeit, von Auftragsvergabe an Subunternehmen, von flexibler Arbeitsorganisation und vonausschliesslich variablen Entlohnungsformen, die feste Lohnbestandteile ersetzen.**
- Rückgang der Reallöhne in 18 von 26 EU-Mitgliedstaaten;
- ein alarmierender Anstieg der Armut in der gesamten Europäischen Union, insbesondere bei Frauen und Kindern, **MigrantInnen und RentnerInnen** sowie eine Zunahme von Armut trotz Erwerbstätigkeit aufgrund der Ausweitung prekärer Beschäftigung;
- Die Erpressung gewählter Regierungen durch eine nicht legitimierte, unheilige Allianz (Troika) und der Abbau von sozialen Rechten wie der Tarifautonomie oder der Sozialsysteme demontieren die Demokratie. **Gleiches gilt für einige Regierungen, die keine Gelegenheit auslassen, ihre neoliberale, gegen ArbeitnehmerInnen gerichtete Politik durchzusetzen und denen die europäischen Institutionen und/oder der IWF dabei als Vorwand dienen.**

All diese Maßnahmen lassen die künftigen Herausforderungen für industrielle Arbeit in Europa außer Acht:

- gute Arbeit in sozial und ökologisch nachhaltigen sowie innovativen Branchen muss gefördert werden;
- die demografische Entwicklung muss bewältigt und die Arbeitswelt dahingehend verbessert werden, gute Arbeitsbedingungen mit den Bedürfnissen und Vorstellungen der Menschen zu kombinieren.

Conference organised with financial support from the EU

- **die Wirtschaft muss angekurbelt, die sozialen Sicherungssysteme garantiert, *wiederhergestellt und verbessert* sowie Arbeit und die arbeitenden Menschen als wichtigste Faktoren für wirtschaftliches und soziales Leben anerkannt werden.**

Die europäischen MachthaberInnen ignorieren diese Herausforderungen. Die Europäische Union ist derzeit eine Wirtschafts- und eine Währungsunion, aber keine Union für die Mehrheit der Menschen, die hier leben.

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der diesbezüglichen Maßnahmen sinkt die Macht von Gewerkschaften. ArbeitnehmerInnen, ArbeitnehmerInnenvertretungen und Gewerkschaften werden zu Kompromissen gezwungen, denen sie unter anderen Umständen nie zugestimmt hätten, um zumindest irgendeine Form von Beschäftigung für die ArbeitnehmerInnen zu sichern.

„Beggar-thy-neighbour"-Politik, nationale Strategien – und selbst nationalistische Ideen – sind im Aufwind, und ArbeitnehmerInnen werden immer wieder gegeneinander ausgespielt.

Vorrangige Aufgabe der Gewerkschaften ist es daher, Sichtbarkeit und Gestaltungsmacht zurückzuerlangen, um für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Europas ArbeitnehmerInnen zu kämpfen. Die europäischen Industriegewerkschaften treten für eine Alternative ein: Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit für alle Menschen, und nicht für den Profit einiger weniger. Es ist unsere Aufgabe, für mehr und bessere Arbeitsplätze zu kämpfen und angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sichern.

Für kollektive europäische Probleme haben wir kollektive europäische Antworten:

- **Reale** Lohnerhöhungen sind wirtschaftlich sinnvoll und sozial verantwortlich, weil eine Umverteilung von Kapital- zu Lohneinkommen der beste Weg zur Konjunkturbelebung ist.
- **Zugleich müssen die unakzeptablen Unterschiede bei Löhnen und Lebensbedingungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu den alten EU-Mitgliedsstaaten beseitigt und damit die Kaufkraft erhöht werden. Das sollte selbstverständlich nicht durch das Kürzen der Löhne und die Absenkung der**

Conference organised with financial support from the EU

Lebensstandards in den alten EU-Mitgliedsstaaten erfolgen. Gelingt diese Angleichung nicht, steigt das Risiko möglicher Konflikte zwischen den BürgerInnen der alten und neuen Mitgliedsstaaten, was in nationalistischen und fremdenfeindlichen Exzessen enden könnte. In diesem Zusammenhang müssen wir jegliche unfaire Transfer von Unternehmensgewinnen aus den neuen Mitgliedsstaaten in die Muttergesellschaften verhindern, denn dies dient als Vorwand, Löhne und zusätzliche Leistungen der Beschäftigten in den neuen Staaten nicht zu erhöhen.

- **Effektive Maßnahmen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und gleichzeitig den Missbrauch von Teilzeitarbeit zu bekämpfen und befristete Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit sowie die Entsendung von Beschäftigten auf der einen Seite und die Erhöhung der *einseitig angeordneten* Arbeitszeitflexibilität auf der anderen Seite zu beschränken.**
- Eine aktive Arbeitszeitpolitik, um Beschäftigung zu sichern, zu schaffen und umzuverteilen, **kann** ein wichtiges und nützliches Kriseninstrument **sein**. Arbeitszeitpolitik spielt jedoch auch im Hinblick auf Herausforderungen wie die Reduzierung von Stress, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und die Bewältigung des demografischen Wandels eine maßgebliche Rolle.
- Wir werden eine offene Debatte über eine **neue Arbeitszeitpolitik, die eine mögliche Reduzierung der Arbeitszeit und weitere Ansätze der Arbeitszeitgestaltung enthält**, anstoßen. Produktivitätsgewinne müssen im Interesse der Beschäftigten investiert werden, nicht um Profite zu maximieren.
- Tarifverträge sind der beste ArbeitnehmerInnenschutz. Sie schaffen in der Regel bessere Bedingungen für ArbeitnehmerInnen als auf anderem Wege erzielbar wären. Wir lehnen die Strategie der Kommission zur Dezentralisierung von Tarifverhandlungen ab. Stattdessen brauchen wir mehr und bessere Tarifverträge auf allen Ebenen, d. h. auf Unternehmens-, auf sektoraler, auf nationaler und transnationaler Ebene. Eine Voraussetzung dafür ist die Stärkung unserer autonomen Verhandlungsmacht.
- Die europäische Wirtschaft muss sich auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für die Beschäftigten, nicht auf Prekarität gründen. Die Menschen müssen in der Lage sein,

Conference organised with financial support from the EU

durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen und dürfen nicht in prekäre und/oder schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden. Angemessene Löhne müssen durch eine kohärente Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik flankiert werden, die die Nachfrage stützt und Armut vorbeugt.

- **Wir lehnen alle Vereinbarungen zwischen Staaten ab, die Sozialdumping befördern und die erkämpfte nationale soziale Rechte zum alleinigen Nutzen von multinationalen Unternehmen in Frage stellen.**

Die europäischen Industriegewerkschaften müssen in diesen für viele abhängig Beschäftigte in Europa sehr harten Zeiten fest zusammenstehen. Solidarität ist keine Schönwetterveranstaltung. Wir werden, insbesondere in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, gemeinsam handeln und uns weder auf transnationaler Ebene noch auf sektoraler oder Unternehmensebene gegeneinander ausspielen lassen.

Wir können auf eine lange Tradition der Organisierung von Solidarität zurückblicken. Darauf aufbauend müssen wir eine solidarische Tarif- und Sozialpolitik entwickeln, die gemeinsame Lösungen für grenzüberschreitende Konflikte bietet. Es ist unser Job, diese Solidarität zu organisieren. **Unsere Solidarität ist die Grundlage, um unsere Alternativen gegenüber den ArbeitgeberInnen und PolitikerInnen duchzusetzen**

_____

Conference organised with financial support from the EU